

Deutschland

I (3610) **Berlin**. Zum Gespött aller Christen machte sich Finanzminister Steinbrück nach der Vereidigung des Bundeskabinetts. Obwohl er sich ganz offiziell als konfessionslos bezeichnet und auch erklärtermaßen nicht an ein höheres Wesen glaubt, schwor er „so wahr mir Gott helfe“. Religiöse Kreise witzelten nun, offenbar sei das die elegante Form des Meineids, andere fragten, ob ihn die Not in der Staatskasse womöglich schon das Beten gelehrt habe. (*idea*, 8.12.05)

Anm. *MIZ*-Red.: Steinbrück demonstriert auf klassische Weise, dass sich fehlende Zivilcourage nirgendwo auszahlt: Nun ist er auch bei Konfessionslosen unten durch, zumal er die gleichfalls nichtreligiöse Justizministerin Zypries, die als einzige die weltliche Eidesformel wählte, im Regen stehen ließ. Der religiösen Rechten hingegen liefert er das willkommene Bild eines areligiösen Opportunisten.

I (3611) **Bamberg/Augsburg**. Die Erzdiözese Bamberg meldete für 2005 bereits wenige Wochen nach Jahresablauf einen Rückgang der Kirchengaustritte für 2005 um etwa 14 Prozent, während die Eintritte etwa im gleichen Maße gestiegen seien. Nun bestätigt auch die Diözese Augsburg diesen Trend fast haargenau. Um die Jahreswende hatte Kardinal Lehmann noch eine weit günstigere Prognose abgegeben. (*Heinrichsblatt Bamberg*, 29.1.06; *Augsburger Allgemeine*, 6.9.06)

Anm. *MIZ*-Red.: Nachdem auch aus anderen Diözesen ähnliche Daten eingegangen sind, darf erwartet werden, dass die Austrittszahl bei den Katholiken auf ca. 87.000 zurückgeht (nach 101.000 in 2004) und die Eintrittszahl von 13.000 auf ca. 17.000 steigt. Daraus jedoch eine grundsätzliche Trendwende abzuleiten, ist mehr als verfrüht, denn per saldo ergibt das immer noch einen Schwund um rund 70.000; zusätzlich verliert auch die katholische Kirche durch die Überalterung mehr Mitglieder als früher.

I (3612) **München**. Innerkirchlichen Streit ruft die Absicht des evangelischen Sozialwerks „Innere Mission“ hervor, eine Wohngemeinschaft für fünf ältere homosexuelle Senioren einzurichten. Die gleichfalls evangelische „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern“ (KSBB) sieht dadurch den Grundgedanken der inneren Mission pervertiert, weil praktizierte Homosexualität der biblischen Botschaft widerspreche: „Die Kirche und ihre Werke sollen ein Schutzraum für die Sünder sein, aber nicht ein Schutzraum für die Sünde.“ (*idea*, 15.3.06)

I (3613) **Hannover**. Der EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Bischof Huber kritisierte den Nationalen Ethikrat, weil dieser in Fragen der Sterbehilfe von den kirchlichen Positionen teilweise deutlich abweicht. Zwar plädierte das Expertengremium auf seiner Tagung vom 22.6. für die Beibehaltung der Strafbarkeit der Tötung auf Verlangen, wies aber auf die Straffreiheit der Beihilfe zur Selbsttötung hin. Vor allem ärgerte den Bischof, dass in bestimmten Fällen sogar Verständnis für einen Suizid gezeigt wird. So formulierte der Ethikrat: „Bestehen bei einem Suizidversuch eines schwer kranken Menschen klare Anhaltspunkte, dass der Versuch aufgrund eines ernsthaft bedachten Entschlusses erfolgt und dass der Betroffene jegliche Rettungsmaßnahmen ablehnt, so sollen nach Auffassung der Mehrheit der Mitglieder des Nationalen Ethikrates Personen, die beispielsweise als Ärzte oder Angehörige [aufgrund eines Nazi-Gesetzes von 1934, Anm. *MIZ*-Red.] eine besondere Einstandspflicht für den Suizidenten haben, von einer Intervention absehen dürfen, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen.“ Eine gewinnorientiert betriebene Sterbehilfe soll jedoch strafbar sein.

Eine Minderheitenmeinung vertraten drei katholische Mitglieder des Gremiums, der Theologe Schockenhoff, der Augsburger Weihbischof Losinger und der Publizist Dr. Radtke (der grundsätzlich ein individuelles Selbstbestimmungsrecht beim Sterben ablehnt), die sogar entgegen der bisherigen Rechtsordnung ein Verbot der Beihilfe beim Suizid begrüßen.

(Evangelischer Pressedienst (*epd*), 13.7.06, Infobrief 2/06 des Nationalen Ethikrates, S. 2-5, *Augsburger Allgemeine*, 13.7.06)

I (3614) **Aalen**. Das Gejammere über sinkende Kirchensteuereinnahmen scheint vorbei. Klammheimlich teilte der Finanzdezernent der württembergischen evangelischen Landeskirche seinen Synodenmitgliedern mit, dass die Kirche in 2006 etwa 30 Millionen Euro (7 %) mehr einnehmen wird als noch Ende 2005 veranschlagt – und sogar „mindestens zehn Millionen Euro mehr, als für einen ausgeglichenen Haushalt benötigt werden“. (*idea*, 15.7.06)

I (3615) **Syke**. Auch die nach außen so weltoffen wirkende Bischöfin Käßmann zeigt sich intolerant, wenn es um die Sache geht. Gegenüber dem Wunsch des verstorbenen Showmasters Rudi Carrell auf eine Beisetzung im eigenen Garten neben seiner Frau Anke zeigte sich sogar der konservative niedersächsische Ministerpräsident Wulff aufgeschlossen. Die Bischöfin war indes dagegen, sie plädiert für Beisetzungen nur auf Friedhöfen. Auf die Frage, warum eine evangelische Bischöfin in dieser sehr persönlichen Frage Andersdenkende bevormunden will, die gar nicht ihrer Kirche angehören, ging sie jedoch nicht ein. (*Bild*, 16.7.06; *idea*, 17.7.06)

I (3616) **Stuttgart**. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat den Ausschluss einer muslimischen Lehrerin, die das Kopftuch im Unterricht aufbehielt, im Hinblick auf die Tracht christlicher Nonnen für rechtswidrig erklärt. Während CDU und Ministerium diese Entscheidung zunächst kritisiert hatten, weil die Nonnenhaube eine rein religiöse und das Kopftuch daneben auch eine politische Bedeutung hätten, wurde aus der schriftlichen Begründung klar, dass dies nebensächlich war. Das baden-württembergische Schulgesetz verbiete sowohl „rein religiöse“ als auch „politische Bekundungen“. Daher begründe „nicht erst das Hinzutreten einer politischen Deutungsmöglichkeit“ eine Gefährdung des Schulfriedens, „sondern bereits die Kundgabe einer Glaubensüberzeugung selbst“. Daher dürfe im Wege einer Gleichbehandlung eine Muslime nicht anders behandelt werden als eine Nonne. Beobachter deuten das Urteil indessen als Plädoyer für eine Schule ohne jegliche Glaubensbekundung. (*Spiegel*, 24.7.06)

I (3617) **Hamburg**. Kann ein Mörder evangelischer Pfarrer werden? Diese Frage sorgte für öffentliche Diskussionen und für Unruhe in der nordelbischen Landeskirche, nachdem der Bruder des Täters das Vorleben des Pfarrers Bernhard D. geoutet hatte; den Kirchenbehörden war es freilich seit Jahren bekannt.

Der Geistliche hatte als 21-Jähriger über eine Kontaktanzeige eine 18-Jährige kennengelernt und ihr die große Liebe vorgeheuchelt. Mit einem unterschlagenen Sportwagen, den er später zu Geld machte, lockte er sie in ein Heiratsparadies in Schottland, schloss eine hohe Lebensversicherung auf sie ab und stürzte die völlig Arglose noch am Abend der Heirat von einem Felsen in den Tod. Nach der Verurteilung wegen Mordes begann er ein Theologiestudium, weil ihm die christliche Lehre die Überzeugung vermittelte, Gott habe ihm verziehen und Sorge nun für eine völlig neue Bestimmung in seinem Leben. Nach 16 Jahren Gefängnis und 12 Jahren als Leiter eines evangelischen Jugendheims arbeitete er erst seit 1999 als Pfarrer.

Nun spaltet sein Fall die Kirche. Einige erinnern an die Eltern des Opfers, die bald nach dem Verlust ihrer einzigen Tochter verbittert starben; auch der Bruder des Täters stellte die provokante Frage „Muss man bei euch erst jemanden umbringen, um Alte und Kranke betreuen zu dürfen?“. Die Vorgesetzten wie Bischöfin Jepsen verteidigten hingegen mit Zitaten aus der Bibel und dem Hinweis auf das Gebot des Verzeihens die Belassung des Pfarrers im Amt. (*Spiegel*, 24.7.06)

I (3618) **Augsburg**. Der *Weltbild*-Konzern, dessen Eigentümer 14 katholische Diözesen sowie die Soldatenseelsorge Berlin sind, will seine marktbeherrschende Stellung im Buchvertrieb durch eine Kooperation mit der Hugendubel-Kette und diversen kleineren Verlagen ausbauen. In 2005 hatte *Weltbild* einen Umsatz von 1,4 Milliarden Euro erwirtschaftet; über den Gewinn

macht der Konzern grundsätzlich keine Angaben, wozu er als kirchliche Einrichtung auch nicht verpflichtet ist. (*Augsburger Allgemeine*, 18.8.06)

Anm. MIZ-Red.: Nach Angaben eines relativ hochrangigen Insiders stimmt die frühere Darstellung der kirchlichen Anteilseigner nicht ganz, dass die den Diözesen zustehenden Gewinne einfach reinvestiert würden. Vielmehr werden sie sehr wohl ausgeschüttet, dann aber gegen gute Verzinsung wieder dem Unternehmen als Kredite zugeführt. Wegen der damit verbundenen Zinslast fallen die zu versteuernden Gewinne nominell sogar relativ niedrig aus, während die Zinseinnahmen und Gewinnanteile der Diözesen im geschätzten Gesamtwert von 100 bis 150 Millionen Euro wegen des privilegierten Status der Kirchen absolut steuerfrei bleiben. Sie tauchen im übrigen auch nicht in den Diözesanhaushalten auf (wo sie Rückschlüsse auf die Finanzlage von *Weltbild* zulassen und auch das in der Öffentlichkeit gepflegte Bild von der „armen“ Kirche trüben würden), sondern werden vermutlich Sonderfonds zugeführt, die der kirchlichen Vermögensverwaltung dienen. Für diese Insider-Information gibt es keine offizielle Bestätigung, doch erscheint diese Darstellung durchaus schlüssig.

I (3619) **Berlin**. Der Theologe Michael Bongardt räumte in einem Fernsehinterview ein, dass der nunmehr in Berlin für die 7. bis 10. Klasse für alle Schüler verbindliche Ethikunterricht der multikulturellen Lebenswirklichkeit besser gerecht wird als der konfessionelle Religionsunterricht. Auch sei er für die Vermittlung der demokratie-spezifischen Grundwerte geeigneter, zumal nicht sicher sei, ob konservative Muslime durch einen ihnen genehmen Islamunterricht nicht sogar in ihrem Weltbild bestärkt werden. Kurz vor Schulbeginn wies das Berliner Verwaltungsgericht eine Klage gegen die Pflicht zur Teilnahme am Ethikunterricht ab, ließ aber eine Berufung zu. Nach einer ersten Übersicht reduzierte sich die Teilnehmerzahl am konfessionellen Religionsunterricht um etwa ein Viertel. (*3Sat, Kulturzeit*, 24.8.06; *Welt*, 25.8.06; *KNA*, 28.8.06)

I (3620) **Berlin**. Nur knapp die Hälfte der bundesdeutschen Einwohner betrachten sich als einer Religionsgemeinschaft zugehörig, wie eine Umfrage der *Gesellschaft für Konsumforschung* (GfK) im Auftrag der *Apotheken Umschau* ergab. Von den 2000 repräsentativ befragten bejahten dies 48,2 Prozent. In der Altersgruppe der über 70-Jährigen waren es immerhin noch über zwei Drittel, bei den unter 40-Jährigen jedoch nur gut ein Drittel. Bemerkenswert am Ergebnis ist die Tatsache, dass jeweils rund drei Prozent auf Muslime, die christlichen und die nichtchristlichen Minderheiten entfallen, so dass die Kirchen eigentlich nur 40 Prozent als Anhänger zählen dürften. Tatsächlich sind aber derzeit etwa 61,5 % katholisch oder evangelisch. Das heißt, dass mindestens ein Drittel dieser Gruppe sich nicht als kirchenzugehörig empfindet und konsequenterweise austreten müsste. (*Augsburger Allgemeine*, 30.8.06; *Kath News*, 30.8.06)

I (3621) **Klosterzimmern/Ries**. Die Glaubensgemeinschaft der Zwölf Stämme, die ihren Ursprung aus der kalifornischen Bewegung des „Jesus-Movement“ in den 70er Jahren herleitet, hat sich nun gegen das Kultusministerium durchgesetzt. Nach diversen Strafen einschließlich Ordnungshaft für die meisten erwachsenen Mitglieder darf sie nun eine „Ergänzungsschule“ auf ihrem eigenen ehemaligen Klostersgut betreiben und an ihr religiöses Weltbild anpassen. Andererseits akzeptiert sie die staatliche Schulaufsicht, die allerdings wenig verändern kann. Einzig das Mitspracherecht, ob der Schulversuch über das erste Probejahr hinaus verlängert werden kann, bleibt dem Staat als Druckmittel. Neben dem Kultusministerium ist auch die Landtags-CSU eingeknickt, und sogar die SPD findet das Vorgehen in Ordnung. Einzig die Grünen bestehen darauf, dass hier nicht auf dem Rücken der Kinder das umstrittene Home-Schooling durch die Hintertür eingeführt wird. (*Augsburger Allgemeine*, 9.9.06; Mitteilung der Landtags-Grünen)

I (3622) **Berlin**. Die Kirchen sind dabei, sich eine Finanzierungsquelle für ihre Kirchengebäude zu erschließen. Das von den Kirchen beeinflusste „Deutsche Nationalkomitee für

Denkmalschutz“ hält jede dritte Kirche für abriß- oder verfallsbedroht. Nun solle, so die CSU-Bundestagsabgeordnete Blank vom Präsidium eben jenes Komitees, die „ganze“ Gesellschaft mehr für deren Erhalt tun, vor allem die Bundesländer. Vorbildlich sei bisher einzig das Land Thüringen, das seine Verantwortung für den Erhalt der Kirchen sogar in der Verfassung verankert habe. (*Heinrichsblatt Bamberg*, 10.9.06; *Katholische Nachrichten Agentur*, 9.9.06)

I (3623) **Kastl**. Das ungarische Privatgymnasium in der oberpfälzischen Gemeinde Kastl ist insolvent. Ungarn, die 1956 aus ihrem Land geflüchtet waren, hatten dort mit Hilfe des Freistaats Bayern, des Landkreises und der Kirche ein christliches Gymnasium aufgebaut. Obwohl der Bedarf längst zu gering war, hatten Land und Landkreis Amberg-Sulzbach sowie die Diözese Eichstätt das marode Projekt finanziell am Leben gehalten. Im Herbst 2007 will dort aber eventuell das Kolping-Bildungswerk Baden-Württemberg (!) einsteigen und in Bayern ein Gymnasium „mit Kolping-Profil“ eröffnen. (*Süddeutsche Zeitung*, 11.9.06)

I (3624) **München/Regensburg**. Der in den Medien wochenlang vorbereitete Papstbesuch – sogar die Kirchenpresse sprach von einer „Papamania“ – hat unter dem Strich bei weitem nicht die erwartete Resonanz gefunden. Während die Kirche bei Ratzingers Ankunft erst von 250.000, dann von 200.000 Zuschauern sprach, setzte die Polizei ihre Angabe von 100.000 mit Rücksicht auf die Kirche auf 150.000 herauf, räumte aber intern ein, dass es nicht einmal halb so viele waren. Auch die Fernseh-Einschaltquote blieb mit 1,1 Millionen Zuschauern hinter den Erwartungen zurück, obwohl der als Kirchensender fungierende „Bayerische Rundfunk“ mit dem Slogan geworben hatte „Ganz Bayern freut sich auf den Papst“. Bei seiner Abreise verirrten sich gar nur noch wenige Gläubige an den Straßen zum Flugplatz. Gleichwohl übertrugen die öffentlichen Sender ARD und BR insgesamt immerhin 70 live – bei 116 Stunden, die der Pontifex insgesamt in Bayern war.

Schon im Vorfeld hatte der *Bund für Geistesfreiheit* in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, dass selbst in Bayern nur noch gut die Hälfte der Bevölkerung katholisch sei und die anderen das Spektakel kaum interessiere. Unter diesen Umständen sei es ein Skandal, dass die Kirchen nur gut 20, die öffentliche Hand jedoch über 100 Millionen Euro aufbringe. Allein die polizeilichen Sicherheits- und Verkehrsregelungsmaßnahmen kosten den Steuerzahler nach Polizeiangaben mindestens 50 Millionen. Hinzu kommen indirekte Kosten wie die Steuerausfälle infolge der absetzbaren Verluste von Unternehmen – z.B. musste BMW Regensburg die Produktion einen Tag aussetzen, auch die Bahn-Transitstrecke Frankfurt-Wien sowie die Autobahn A3 waren einen Tag gesperrt – und der Ausfall eines kompletten Unterrichtstages in ganz Bayern mit ersatzlosen Ausgaben von ca. 30 Millionen Euro, so dass die Gesamtkosten zwischen 150 und 200 Millionen Euro liegen.

Auch die Gesamtbilanz der Kommentatoren fiel eher mager aus, selbst wenn man den bekannten, weltweit registrierten Ausrutscher gegenüber Mohammed außer Betracht lässt. (Anm. *MIZ-Red*: Man stelle sich jedoch einmal vor, ein islamischer Führer zitierte die Feststellung eines alten Kalifen, am Christentum sei nur wenig Neues, und dies sei auch noch durchweg schlecht, und außerdem verbreite sich das Christentum nur mit Gewalt – wie hätten da wohl die christlichen Kirchenfürsten reagiert?). Auch kirchennahe Journalisten stellten fest, der Papst habe nur seine bekannten Positionen bekräftigt, ohne sich selbst zu bewegen, und sogar die Bischöfe zeigten sich zu Beginn der Herbstvollversammlung in Fulda verstimmt, hatte doch der Papst weniger Sozialarbeit und Einmischung in die Tagespolitik sowie Staatsnähe, dafür aber mehr Missionseifer und Glaubensfestigkeit nahegelegt.

Voll ins Schwarze traf der SZ-Kommentator Hans Holzhaider am 16.9. in der Glosse *Papst von früh bis spät*: „Also ich sag's wie's ist: Ich bin gottfroh, dass der Papst wieder weg ist. Du schlägst die Zeitung auf, der Papst von vorn, von hinten, von oben, von unten. Du machst den Fernseher an: Papst, Papst, Papst. Und immer die Kinder vorndran. Warum schicken sie immer die Kinder vor? Kindern über den Kopf zu streicheln macht einen noch nicht zum guten Menschen. „Die Sonne strahlt aus den Herzen der Menschen“, hat der Stoiber gesagt. Ausgerechnet! Dem Stoiber hat noch nie die Sonne aus dem Herzen gestrahlt, so einer ist der nicht. Die Merkel hat sich nett mit dem Papst unterhalten, heißt es. Wenn sie in China so mit den Frauen umgehen würden wie die katholische Kirche, dann würde die Merkel dem

chinesischen Ministerpräsidenten schön was erzählen, aber beim Papst gehört sich so was nicht. Jetzt zeigen wieder alle mit dem Finger auf die Muslime, weil die an der Regensburger Vorlesung des Papstes herummäkeln. Ich kann die Muslime gut verstehen, in diesem Fall. Wenn man sich vor Augen ruft, was die Kirche angerichtet hat über die Jahrhunderte, vom Blutbad bei der Eroberung Jerusalems über die Massenverbrennungen so genannter Ketzer bis zur Ausrottung ganzer Völkerschaften in Amerika, dann müssen sich die Muslime nicht ausgerechnet vom Repräsentanten dieser Kirche über Glauben und Gewalt belehren lassen.“ Aber auch die SZ bekam von einem norddeutschen Leserbriefschreiber ihr Fett weg: „Verständlich, dass es für Sie in Bayern ein großes Ereignis ist, wenn der Staatsratsvorsitzende eines europäischen Kleinststaates Ihr Land besucht. Jedoch verstehe ich nicht, warum Sie Ihrer Deutschland-Ausgabe mehrere Tage lang einen Klatsch- und Hofberichts-Teil beilegen. Sie können sich wohl nicht vorstellen, dass es einen Leser in Rest-Deutschland nicht besonders interessiert, ob dieser Mensch in der Menge, in Eselsmilch oder im Inn-/Isar-/Donauwasser badet.“

Noch peinlicher war die Rolle des Münchner OB Ude. Er zeigte sich sehr erobost, dass seine Vizechefin Adelheid Rupp gegen den Papst demonstrieren wollte. Noch mehr erregte ihn eine Anfrage zweier grüner Stadträte, ob es mit dem Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität vereinbar sein, wenn die Münchner Stadtparkasse eine Papst-Ausstellung sowie eine Spenden- und Verkaufsaktion zugunsten einer katholischen Einrichtung durchführe. Das evangelische Stadtoberhaupt verwahrte sich empört gegen eine solche Unterstellung. (*Heinrichsblatt Bamberg*, 10.9.06; *Augsburger Allgemeine*, 7.9.06; *Süddeutsche Zeitung*, 9.,11.,13.,16. u. 25.9.06)

I (3625) **Straßburg**. Verärgert reagierten evangelikale Gruppen auf die Ausstrahlung der Dokumentation „Von Göttern und Designern“ im Kulturkanal ARTE. Dort wurde u.a. die Strategie erläutert, wie Anhänger des Intelligent Design in der europäischen Wissenschaft Fuß fassen wollen. Sie organisieren öffentliche Debatten über ihre Theorie, die sie – so die Autoren Peter Moers und Frank Papenbroock – zwar nicht gewinnen können, die ihnen aber als Beleg dient, dass es sich um wissenschaftlich diskutierbare Thesen handelt. (ARTE, 19.9.06; *Süddeutsche Zeitung*, 19.9.06; *idea*, 20.9.06)

I (3626) **München**. Der Streit um die zentrale Moschee in Sendling ist auch nach zwei Jahren nicht zu Ende. Nachdem der Stadtrat den Bau gebilligt hatte, stoppte nun die aufsichtführende Bezirksregierung den baurechtlichen Vorbescheid, weil angeblich die Moschee optisch nicht ins Stadtbild passe. Kenner der Stadtpolitik werten dieses mit Landesinnenminister Beckstein abgestimmte Verfahren als Auftakt zum Kommunalwahlkampf 2008. (*Süddeutsche Zeitung*, 19.9.06)

I (3627) **Ulm**. Sechs Kindern jüdischen Glaubens, die seit kurzem gemeinsam einen städtischen Ulmer Kindergarten besuchen, sollten Sonderrechte eingeräumt werden, die die Stadtverwaltung erst nach Elternprotesten wieder zurücknahm.

Ursprünglich war der Ulmer Rabbiner Shneur Trebnik mit der Stadt überein gekommen, für diese Kinder eine Gruppe mit eigener Erzieherin einzurichten um sie orthodox-religiös unterweisen zu können. Anders als die übrigen Kinder sollten sie über Mittag im Kindergarten bleiben dürfen; am Freitag sollte ihnen ein eigener Raum zur Vorbereitung des Sabbats überlassen werden.

Die Eltern wehrten sich dagegen. Sie akzeptierten nicht, dass ihre Kinder nicht ebenfalls über Mittag bleiben dürften. Auch wunderten sie sich, dass in ihrem gut belegten Kindergarten mit Warteliste plötzlich sechs Plätze auf einmal frei seien. Vor allem aber bemängelten sie, dass in einer religiös neutralen städtischen Einrichtung Kinder in einer bestimmten Glaubensrichtung erzogen werden sollten. Die Stadt habe nicht das Recht, einer Religionsgemeinschaft Sonderrechte zuzubilligen. Dieser Plan, so die *Südwest Presse*, „dient nicht der Integration in eine Gesellschaft, in der Menschen verschiedener christlicher und nichtchristlicher Glaubensrichtungen wie Muslime sowie bekennende Atheisten leben. Sondern der Separation.“

Obwohl das Projekt von langer Hand vorbereitet worden war, erfuhren die Eltern davon eher zufällig. Zu Hause erzählten „die erschreckten Kleinen ihren Eltern ... , das ein ‚Räuber‘ mit schwarzem Rauschebart und großem schwarzem Hut in den Kindergarten gekommen sei.“ (Gemeint war der streng orthodox gekleidete Rabbiner, der die Einrichtung besichtigt hatte.) Inzwischen wurde vereinbart, dass religiöse Praktiken und das Mittagessen der sechs Kinder in den Räumen der Jüdischen Gemeinde stattfinden und sie ansonsten am Kindergartenprogramm teilnehmen, wo sie aber nicht an der Vorbereitung christlicher Feste teilnehmen müssen. Dies teilte die zuständige Bürgermeisterin den Eltern mit, die ihrerseits der Stadt vorwarfen, ihnen „Antisemitismus“ zu unterstellen. Auch die *Südwest Presse* wies in ihrem Kommentar „Nicht ganz kosher“ diesen Vorwurf zurück. In Wahrheit sei „die Frage, ob öffentliche Kindergärten Religionen Sonderrechte einräumen dürfen, sehr wohl berechtigt. Zu Ende gedacht bedeutet der Vorstoß doch, dass er bei der Vielzahl von Religionen, wie wir sie kennen, zu einer endlosen Zersplitterung der Erzieherinnen-Arbeit führen muss. ... Wer sein Kind in einer bestimmten religiösen Richtung erzogen sehen will, der soll es in einen privaten Kindergarten schicken. Öffentliche Kindergärten sind für diese Aufgabe nicht geschaffen.“ Dass dort allerdings auch die Vorbereitung christlicher Feste nichts zu suchen hat, fiel dem Kommentator nicht auf. (*Südwest Presse*, 20.9.06)

Großbritannien

I (3628) **Lincoln** bei London. Auf eine ebenso naheliegende wie lukrative Idee ist der Erzdiakon von Lincoln gekommen: Er will in seiner Kirche einen Geldautomaten aufstellen lassen. Auf diese Weise will er zum einen Menschen in die Kirche locken und zum anderen die Kirche als Dienstleistungsbetrieb rentabler machen. Dass er auch auf mehr Spenden spekuliert, sagte er zumindest nicht offen ... Daneben will der Geistliche auch andere Dienstleistungen anbieten, z.B. öffentliche Toiletten in der Kirche. (*spiegel online*, 8.8.06; *ntv*, 8.8.06)

Liechtenstein

I (3629) **Vaduz**. Der wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung in Höhe von rund 250 Millionen Euro von der deutschen Justiz verfolgte Herbert Batliner erhielt von den deutschen Behörden freies Geleit, um in Regensburg dem Papst persönlich die Hand schütteln zu können. Während der nach Liechtenstein geflüchtete „Treuhandler“ (eine kuriose Bezeichnung für einen Wirtschaftskriminellen, Anm. *MIZ-Red.*) den deutschen Fiskus um horrenden Summen prellte, zeigte er sich gegenüber Mutter Kirche spendabler: Für die von Ratzinger eingeweihte Orgel der Alten Kapelle in Regensburg spendierte er 730.000 Euro, und seitdem er 2002 auch die Orgel der Sixtinischen Kapelle gestiftet hatte, darf er sich „Kammerherr Seiner Heiligkeit“ nennen. Dem Vernehmen nach hat Seine Heiligkeit ihren Kammerherrn beim persönlichen Gespräch auch keineswegs zu einem gesetzestreueren Verhalten aufgefordert. Warum auch: Schließlich half Batliner der vom Papst so geschätzten CDU, über sein Stiftungsgeflecht die Entgegennahme illegaler Parteispenden zu verschleiern und nach Schätzung der ermittelnden Bochumer Staatsanwaltschaft rund eine halbe Milliarde Euro am Fiskus vorbei zu schleusen. (*spiegel online*, 9.9.06; *Leipziger Volkszeitung*, 20.9.06)

Polen

I (3630) **Kielce**. Erstmals wurde von der polnischen Öffentlichkeit ein Jahrestag des Pogroms vom 4.7.1946 zur Kenntnis genommen und bewertet. Am Jahrestag um 16 Uhr, als das Massaker begann ertönten die Sirenen über der Kleinstadt Kielce. Auslöser war damals das Gerücht über die Entführung eines Kindes durch Juden, die es angeblich töten wollten. Obwohl das Kind wieder unversehrt auftauchte wurde, wurden die Angriffe auf das „Judenhaus“ fortgesetzt. In ihm wohnten vor allem Holocaust-Überlebende, die nicht in ihre Häuser zurückkehren konnten, weil inzwischen polnische Christen in ihnen lebten. Zu Hilfe gerufene

Soldaten und Polizisten beteiligten sich z.T. sogar an dem Pogrom, dem schließlich mindestens 42, nach anderen Quellen sogar 82 Juden zum Opfer fielen, darunter viele Kleinkinder. Nach Ermittlungen von Historikern sind zwischen Mitte 1945 und Ende 1946 zwischen 600 und 3000 Juden in Polen von Katholiken umgebracht worden. Hauptmotiv war neben dem traditionell in Polen besonders stark verwurzelten christlichen Antisemitismus die mangelnde Bereitschaft, den überlebenden Juden ihr Eigentum zurückzugeben. Während in Polen 1945 noch 90.000 Juden lebten, sind es heute noch rund 5000. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.7.06)

Vatikan

I (3631) **Vatikanstadt/Sambia**. Der Heilige Stuhl hat Probleme mit einem afrikanischen Wunderheiler, der überdies enge Kontakte zur Moon-Sekte hat und sich dort auch 2001 im Rahmen einer Massentrauung mit einer Koreanerin vermählt hat. Sein Hauptproblem: Emmanuel Milingo aus Sambia ist auch katholischer Erzbischof und hat mehrere Jahre in der vatikanischen Zentrale gearbeitet.

Vor fünf Jahren hatte er unter dem Druck einer drohenden Exkommunikation das Ehebündnis mit (der gleichfalls katholischen) Maria Sung wieder verworfen und konnte dank der Fürsprache des damaligen Papstes wieder in sein katholisches Hirtenamt zurückkehren – auf recht rabiate Weise: Bei einem Zwischenstopp in Mailand „entführten“ ihn zwei Freunde nach Castelgandolfo zum Papst, der ihn zur Kirchenräson brachte und ihm ein fast 18-monatiges Bußschweigen in einem unbekanntem Kloster aufbrummte. Anschließend wirkte Milingo in einem Kloster südlich von Rom als gut frequentierter Exorzist.

Nun bekannte er sich aber wieder zu seiner Ehe und forderte lautstark „Freiheit für die Ehe der Priester“. Nun wurde er vom Leiter der vatikanischen Bischofskongregation, Kardinal Giovanni Battista Re, aufgefordert bis zum 15. Oktober ein „Reuebekenntnis“ abzulegen. Andernfalls habe er mit einer „kanonischen Suspendierung“ zu rechnen. Milingo lebt in den USA, wo er seine Tätigkeit als Heiler und Exorzist ungestörter ausüben zu können glaubt. (*Zenit – Die Welt von Rom aus gesehen*, 13.7.06; *spiegel online*, 14.7.06; *Süddeutsche Zeitung*, 15.7.06; *Der Standard Wien*, 19.9.06)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (3632) **Harvard**. Eine breit angelegte Studie der Harvard Medical School ergab, dass Gebete für Kranke keinen Nutzen haben. An der zehn Jahre dauernden Untersuchung hatten 1802 Bypass-Patienten teilgenommen. Nur für zwei Drittel von ihnen wurde gebetet, aber nur die Hälfte dieser Patienten wussten davon. Gesprochen wurden die Fürbitten von Mönchen und Nonnen in zwei Klöstern und von Mitgliedern eines Gebetskreises. Ihnen wurden jeweils der Vorname und der erste Buchstabe des Nachnamens genannt.

Bei je 51 % der Probanden, für die nicht gebetet wurde oder die davon nichts wussten, traten Komplikationen auf. Bei den anderen, die von den Fürbitten wussten, kam es in 59 % zu Schwierigkeiten.

Am Sinn der Studie zweifelten jedoch Ungläubige wie Religiöse. Skeptiker sprechen von Geldverschwendung sprechen; Medizinprofessor Bruce Flamm von der kalifornischen Universität in Irvine meinte stellvertretend für viele Kollegen: „Ich hoffe einmal, dass die Erkenntnisse nun Wissenschaftler dazu bewegen, bei der Wissenschaft zu bleiben und sich nicht weiter mit dem Übernatürlichen zu beschäftigen.“ Ein Theologe meinte hingegen: „Ich habe erfahren, dass Gott unsere Gebete erhört, aber ich habe es noch nicht erlebt, dass er bei einem Test mitmacht.“ Die US-Regierung sieht das anders: Seit 2000 machte sie 2,3 Millionen Dollar locker für zehn verschiedene Studien zu eben diesem Thema, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führten. (*Süddeutsche Zeitung*, 1.4.06; *American Heart Journal*, 8.4.06)

I (3633) **Washington**. Nach einer Gallup-Umfrage, über die die evangelikale „Christian Post“ berichtete, glauben nur noch 28 Prozent der US-Amerikaner die Bibel Wort für Wort. Das sind zehn Prozentpunkte weniger als vor 30 Jahren. (idea = Informationsdienst der Evangelischen Allianz, 25.5.06)

Asien

Japan

I (3634) **Tokio**. Auch in Japan wird das Gebot der Trennung von Staat und Kirche zunehmend durchlöchert. Als erster Ministerpräsident besuchte Koizumi den umstrittenen Yasukuni-Schrein, was Angehörige von Kriegstoten aufgebracht hatte. Der Oberste Gerichtshof wies eine Verfassungsklage wegen Verletzung der weltanschaulichen Neutralität jedoch zurück. (*Süddeutsche Zeitung*, 24.6.06)